

Regelmäßig treffen sich ehemalige Kader der Kommunistischen Partei im Hinterzimmer einer Buchhandlung in Peking, um über Reformen zu diskutieren

Manche sind alt und waren einflussreich. Andere haben ein Leben lang unter der Willkür gelitten. Der Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo gibt ihnen Auftrieb, sich gegen Unterdrückung und selbstherrliche Funktionäre zur Wehr zu setzen. Gegen den Widerstand der Parteiführung in Peking formiert sich in CHINA allmählich eine Bürgerrechtsbewegung

Text JANIS VOUGIOUKAS, XIFAN YANG

Der stille Aufstand



Die Ärztin Li mit den Röntgenaufnahmen ihres Kopfes. Sie zeigen die Verletzungen, die sie durch Schläge in einem der sogenannten schwarzen Gefängnisse davongetragen hat

Li Yajuan* ist vor dem rostigen Stahltor stehen geblieben. Lange schweigt sie, während ihre Blicke über den kleinen Innenhof wandern, über Backsteinmauern und heruntergekommene Baracken. Ganz leise sagt sie schließlich: „Hier ist es passiert.“

Drei Jahre sind seitdem vergangen. Das Gefängnis ist inzwischen verlassen, die Fensterscheiben sind zertrümmert, die Türen zu den Zellen stehen offen. Li ist längst wieder frei. Manchmal fährt sie zurück an diesen Ort am Stadtrand von Peking. Dann werden all die Erinnerungen wieder wach, an die Schmerzen und an die Angst.

„Sie brachten mich hierher und warfen mich im Innenhof auf den Boden. Es waren acht junge Männer. Sie hatten Elektroschocker. Über eine Stunde haben sie mich

*Name von der Redaktion geändert.

damit misshandelt, bis ich bewusstlos wurde. Dann haben sie mich einfach liegen gelassen.“

Es gab nur sieben Zellen, und oft war jede einzelne voll mit 20 Gefangenen. Dann war es so eng, dass die Häftlinge im Stehen schlafen mussten. Die Wächter hatten Spaß daran, sie zu quälen. Manchmal zwangen sie ihre Opfer, sich gegenseitig zu schlagen. Wer zu schwach dazu war, wurde bestraft. Im Winter schütteten sie kaltes Wasser über die Gefangenen und ließen sie draußen in der Kälte stehen. Ein älterer Mann war so verzweifelt, dass er sich die Fingerkuppe abiss.

Das Gefängnis hatte keinen Namen, es lag versteckt in einem Gewerbegebiet – zwischen Autowerkstätten und Hinterhoffabriken. „Schwarze Gefängnisse“ sagen die Chinesen dazu, weil es sie offiziell gar nicht gibt. Hunderte

dieser geheimen Kerker sind in den vergangenen Jahren im ganzen Land entstanden. Wer dort eingesperrt wird, hat nie vor einem Richter gestanden.

Li Yajuan landete hier, weil sie sich der Willkür entgegenstellte, wie sie in China weit verbreitet ist. Ihre Geschichte beginnt in der Provinz Heilongjiang im Nordosten. Li arbeitete als Ärztin auf der Krankenstation eines staatlichen Bergwerks. Sie war dort glücklich verheiratet, hatte eine Tochter.

Im Jahr 2006 entdeckte Li, dass die Firmenleitung Sozialversicherungsgelder unterschlagen und sich Werkswohnungen unter den Nagel gerissen hatte. 3000 Arbeiter und Angestellte verloren damals ihren Job. Li reiste nach Peking, um sich bei der Regierung zu beschweren. Doch niemand wollte ihr zuhören. Als sie nach vielen Monaten immer noch nicht

schweigen wollte, brachten Schergen der Provinzregierung sie schließlich in den schwarzen Kerker und folterten sie. Seitdem kämpft Li gegen die Grausamkeiten des chinesischen Rechtssystems. Vor allem gegen die illegalen Gefängnisse.

Li hat sich nie ganz von der Folter erholt. Sie hat ein Vermögen in Kliniken ausgegeben, um sich gegen dauernde Schmerzen behandeln zu lassen. Ihr Mann hat sich von ihr getrennt, weil sie seit der Folter keinen Geschlechtsverkehr mehr haben kann. Er hat auch die heute 14-jährige Tochter mitgenommen. Li ist allein.

Seit einigen Wochen hat Li neue Kraft gefunden. Sie hat Transparente gemalt, sie will demonstrieren, sie hat wieder Hoffnung. Und spätabends fährt sie noch in die Stadt, um andere Aktivisten zu treffen. Ihre Kraft

schöpfen sie alle aus dem Friedensnobelpreis, den der chinesische Regimekritiker Liu Xiaobo in der vergangenen Woche erhalten hat. Es ist seit vielen Jahren die erste gute Nachricht für Chinas Menschenrechtler – und sie wirkt wie ein Aufputzmittel. Seither ist der Ruf nach politischen Reformen lauter geworden.

„Von oben bis unten weiß jeder, dass sich etwas ändern muss. Doch niemand will den Anfang machen.“ Ai Weiwei sagt das, einer der bekanntesten Künstler Chinas und wichtigster Regimekritiker. Ai wohnt in einer Künstlersiedlung im Norden der Hauptstadt. Er sitzt am Esstisch und zapft an seinem mächtigen Rauschegart aus schwarzen Haaren, so dick wie Drähte. Er sieht aus wie ein Mann, der sich nicht leicht aus der Ruhe bringen lässt. Ai lehnt sich in seinem Stuhl zu-

rück, faltet die Hände, knackt mit den Fingergelenken, dann dringt aus dem Bart eine Art Grundsatzrede hervor: „Es wird immer noch alles zentral kontrolliert. Und solange es keine Wahlen, kein unabhängiges Rechtssystem und keine Pressefreiheit gibt, wird sich nichts ändern.“

Nicht viele in China trauen sich, so offen zu reden wie Ai. Wann immer im Land etwas schief läuft, meldet Ai sich inzwischen zu Wort. Mit 100 Helfern zählte er die Kinder, die beim Erdbeben in der Provinz Sichuan unter den einstürzenden Schulgebäuden begraben wurden – die Regierung hatte versucht, die Zahl der Opfer zu vertuschen. Er stritt für die Toten des Shanghaier Hochhausfeuers, er kämpft für Meinungsfreiheit und lässt keine Gelegenheit aus, die Ein-Parteien-Herrschaft vorzuführen.

Ais Stimme hat in China Gewicht. Er hat das Olympiastadion in Peking mitgestaltet. Millionen Chinesen lesen seinen Blog und seine Kurznachrichten auf Twitter. Zu seinen Ausstellungen auf der ganzen Welt kommen regelmäßig Zehntausende Besucher.

Die Reform der Wirtschaft hat aus China binnen 30 Jahren ein dynamisches Land gemacht, nur die Politik steht still, und die Kommunistische Partei regiert noch immer mit den Methoden von Lenin und Mao. Aber auch das dürfte nicht von Dauer sein. „Besonders die junge Generation aus den 80ern und 90ern ist sehr unabhängig“, sagt Ai. „Sie treffen ihre eigenen Entscheidungen. Sie fällen eigene Urteile. Und sie sind furchtlos. Das ist das Ende der autoritären Gesellschaft, denn ihr Werkzeug ist die Angst.“

Ai kann so etwas sagen, weil seine Prominenz ihn schützt. Doch auch der Künstler bekommt immer wieder Probleme mit der Polizei. Im vergangenen Jahr musste er im Münchner Klinikum Großhadern am Gehirn operiert werden, nachdem Sicherheitsbeamte ihn verprügelt hatten. „Manchmal bittet die Polizei mich zum Gespräch“, sagt er. Dann tun die Beamten immer besonders freundlich. Sie sagen: „Wir machen uns Sorgen um dich. Wir wollen wirklich nicht, dass dir etwas zustößt.“ Das klingt wie ein gut gemeinter Ratschlag, doch dahinter versteckt sich eine Drohung. Wird auch Ai Weiwei eines Tages eingesperrt? „Es ist möglich“, sagt er.

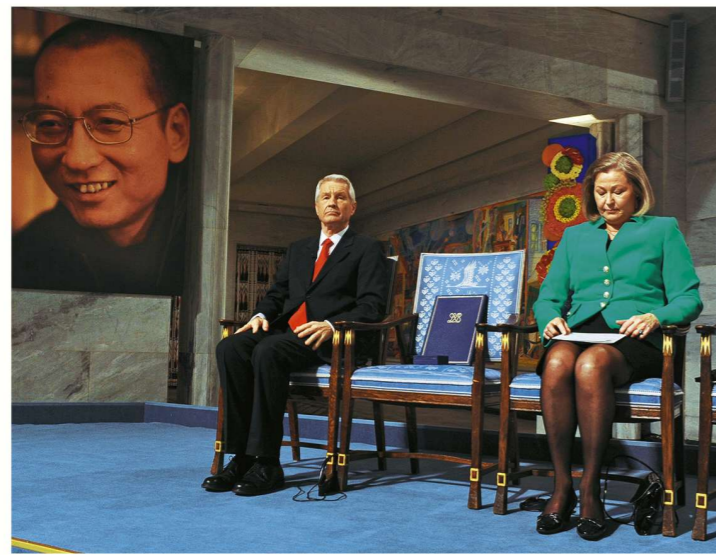
Kaum ein Thema war den chinesischen Behörden in den vergangenen Wochen so wichtig wie die Verleihung des Friedens- →

nobelpreises. Hunderte Dissidenten, Intellektuelle, Anwälte, Journalisten und Freunde von Liu Xiaobo sind seitdem verschleppt worden, stehen unter Hausarrest oder strenger Beobachtung durch die Staatssicherheit. Vielen wurde die Reise ins Ausland verweigert – nur um sicherzustellen, dass niemand zur Preisverleihung nach Oslo fährt.

Dabei sind die Intellektuellen nicht einmal die größte Bedrohung für die Pekinger Führung. Im ganzen Land wächst die Wut, sie kommt jeden Tag tausendfach mit dem Zug nach Peking: Es sind einfache Leute, Bauern vom Land, Angestellte aus entlegenen Provinzstädten. Sie stehen in langen Schlangen vor der „Behörde für Briefe und Gesuche“, dem Nationalen Petitionsbüro, einem trostlosen Betonklotz gleich neben einer vierspurigen Stadtautobahn. Dort warten sie auf Gerechtigkeit. Die Menschen halten vergilbte Papiere in ihren Händen, viele haben wochenlang Gesetzbücher studiert, in der Hoffnung, Gehör zu finden. Am Straßenrand stehen schwarz gekleidete Männer in Gruppen zusammen und werfen den Bittstellern finstere Blicke zu – die Stasi ist immer dabei.

Das ganze Viertel zwischen Südbahnhof und Petitionsbüro ist voll von Zelten und Wellblechhütten der Bittsteller, auf jedem Grünstreifen, unter jeder Brücke, eng nebeneinander liegen sie in Plastikplanen gewickelt in den Unterführungen. Niemand kennt ihre genaue Zahl. Schätzungen reichen von 500 000 bis zu einer Million Menschen, die jedes Jahr nach Peking kommen, um bei der Regierung Beschwerde einzureichen. Manche campen hier jahrelang, jeden Tag stehen sie mit ihren Dokumenten in der Warteschlange vor dem Petitionsbüro.

Es sind tragische Geschichten die man hier hört. Li Yunhu, eine 56-jährige Frau aus Hebei, erzählt von ihrem Sohn, der vor fünf Jahren umgebracht wurde, doch seine Mörder hatten gute Beziehungen zur Partei und



Der Stuhl blieb leer. Die Regierung in Peking hatte Liu Xiaobos Frau daran gehindert, den Friedensnobelpreis in Oslo für den Gefangenen entgegenzunehmen

sind immer noch frei. Die 42-jährige Zhang Wenfang wurde von Beamten zur Abtreibung gezwungen, als sie mit ihrem zweiten Kind im achten Monat schwanger war. Seitdem sitzt sie im Rollstuhl. Oder Li Fenghua, die von Schlägertrupps verprügelt wurde, weil sie ihr Grundstück nicht an die lokale Mafia verkaufen wollte.

Im Westen wird Chinas Herrschaftsstruktur oft falsch verstanden: Die Macht gehört der Kommunistischen Partei. Doch an deren Spitze gibt es keinen gierigen Alleinherrscher, es gibt Hunderttausende kleiner Diktatoren: Dorfpolizisten, Distriktbürgermeister, Schulleiter und Behördenchefs. Und sie nutzen ihre Macht oft schamlos aus, um sich auf Kosten anderer zu bereichern. Das tun sie ohne jede Kontrolle.

Wahrscheinlich wird es sehr lange dauern, bis auch China ein politisches System besitzt, in dem der Willkür Einhalt geboten wird. Und bis die Macht nur noch auf Zeit durch Wahlen vergeben wird. Dabei gibt es inzwischen selbst in der Kommunistischen Partei einen Reformflügel.

Xiao Mo ist einer ihrer Wortführer, ein freundlicher älterer Herr mit einer großen Brille. Er holt eine Kanne Tee aus der Küche. Dann setzt er sich aufs Sofa und erzählt. Xiao war früher Direktor des Architekturinstituts der Nationalen Akademie der Künste. Seit elf Jahren ist er im Ruhestand. „Ich hatte seitdem viel Zeit zum Nachdenken“, sagt er.

Anfang Oktober hat er mit 22 anderen Parteiseenioren einen offenen Brief an die Führung geschrieben. Darin fordern sie ein

Ende der Zensur, Meinungsfreiheit und ein unabhängiges Justizsystem. Zu den Unterzeichnern gehören viele Prominente: Li Rui, Maos ehemaliger Privatsekretär, Hu Jiwei, der frühere Chefredakteur der „Chinesischen Volkszeitung“, und Du Guang von der Parteihochschule. Binnen Tagen unterschrieben Hunderte den Appell.

„Ich teile nicht alle Ansichten der jüngeren Generation“, sagt Xiao Mo, und es klingt fast wie eine Entschuldigung, wenn er sich von einigen Forderungen Liu Xiaobos und seiner Charta 08 distanzier. „Es gibt in China keine Zivilgesellschaft, keine unabhängigen Organisationen, es gibt nicht einmal das Wort ‚Bürger‘. Unser autokratisches System ist 2000 Jahre alt und wird von den Menschen als natürlich angesehen – da kann man den Weg der amerikanischen Demokratie nicht einfach kopieren.“

Xiao glaubt, dass es noch mindestens zwei Generationen dauert, bis eine echte Demokratie entstehen kann. Doch auch dafür müsse die Regierung endlich Reformen einleiten, vor allem Meinungs- und Pressefreiheit.

Es ist Samstagmorgen. Ein kalter Wind weht durch die Stadt. Einmal im Monat treffen sich die zu Reformern gewordenen Altkader in einem Pekinger Buchladen. Dort kann man im Hinterzimmer ungestört reden. Die meisten von ihnen sind so alt, dass sie sich um ihre Zukunft nicht mehr sorgen müssen. Sie verteilen Aufsätze, sie diskutieren, und sie lästern: „Es gibt in der Partei immer noch viele, die ernsthaft glauben, dass Marx einer der Gründerväter des neuen China ist“, sagt einer. Etwa 30 ältere Herren sind heute gekommen: Ein Exgeneral der Luftwaffe ist dabei, Gelehrte, hohe Beamten – die Elite der vorherigen Generation. Bisher trauen sich nur sehr alte Kommunisten in China, ihre Kritik auch offen auszusprechen. Alle anderen werden vom System aussortiert – oder eingesperrt, so wie Liu Xiaobo.